

Thesepapier zum Workshop 3: Soziale Gerechtigkeit leben, soziale Standards verteidigen

Soziale Gerechtigkeit ist ein zentrales Thema der Partei DIE LINKE.

Auf Bundes- und Landesebene fordert DIE LINKE eine grundlegende Steuer- und Finanzreform und gesetzliche Regelungen, die sich am Ziel sozialer Gerechtigkeit orientieren. Dazu gehören die Einführung einer armutsfesten Grundsicherung, arbeitsmarktrelevante Investitionsprogramme und ein öffentlich geförderter Beschäftigungssektor.

Auf der kommunalen Ebene macht DIE LINKE nicht nur die strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen deutlich. Sie nutzt auch alle Spielräume, um die unsozialen Auswirkungen von Bundes- und Landesgesetzen zu bekämpfen und abzuschwächen.

DIE LINKE hält dagegen, wenn es um Kürzungen bei den sogenannten freiwilligen Leistungen im Sozial-, Kultur-, Bildungsbereich oder beim Breitensport oder um Privatisierungen geht. Sie setzt sich aber auch für Alternativen ein, die sehr viel bewirken können: Sozialpässe und Sozialtickets, Sozialtarife bei Strom und Gas, den Verzicht auf 1-Euro-Jobs und ihre Umwandlung in reguläre Beschäftigung oder Entgeltvarianten.

Um soziale Standards zu sichern, müssen wir auch die uns kommunal zur Verfügung stehenden Stellschrauben nutzen, vor allem die Anhebung der kommunalen Hebesätze bei den Realsteuern (insbesondere der Gewerbesteuer, aber auch der Grundsteuer B). Jede Anhebung muss öffentlich nachvollziehbar flankiert sein mit konkreten Verbesserungen oder der Verhinderung von Verschlechterungen zugunsten der Masse der Bevölkerung.

Diese Themen können sowohl aus der Opposition als auch als Teil einer Mehrheit angeschoben werden – eine „Regierung“ in dem Sinne gibt es auf kommunaler Ebene ja nicht. Wechselnde Mehrheiten auf kommunaler Ebene bieten auch für kleine Fraktionen gute Ansatzpunkte. Wichtig ist in jedem Fall die Zusammenarbeit mit anderen politischen Kräften vor Ort, Gewerkschaften, Sozialverbänden, Vereinen, Initiativen usw.

Auch wenn viele Bundes- und Landesgesetze einen engen Rahmen vorgeben: Die kommunale Ebene hat eine wesentliche Bedeutung für die Daseinsvorsorge und deshalb auch für die Umsetzung von sozialer Gerechtigkeit.

Entsprechend gibt es viele positive Beispiele, wie linke Politik auf der kommunalen Ebene wirkt. Um die Diskussion anzuregen, führen wir hier nur einige auf:

- Armut ist oft sichtbar. Ihr wahres Ausmaß bleibt dennoch verborgen. Sowohl, um das Thema verstärkt öffentlich zu machen, als auch zur Gewinnung von genaueren Erkenntnissen sind **Armutsberichte** äußerst hilfreich, vor allem wenn sie stadtteil- oder gar sozialraumbezogene Daten liefern. Daraus lassen sich konkrete Maßnahmepläne entwickeln für Zielgruppen, z.B. Kinder, Jugendliche, Migranten und Senioren. In Städten wie Aachen, Duisburg und Essen gibt es solche Berichte. In Marburg gab es dafür keine Mehrheit. Dort erstellte DIE LINKE selbst einen Armutsbericht und schaffte so Öffentlichkeit für das Thema.
- Die Hartz-Gesetze haben Grundrechte beschnitten, z.B. das Recht auf Mobilität. Die Wiederherstellung dieses Rechtes durch ein preiswertes Sozialticket für Empfänger/innen von Transferleistungen ist schon ein Klassiker linker Kommunal- und Landespolitik. Erfolge, die auch auf unsere Aktivitäten erzielt wurden, sind z.B. die Sozialtickets in Köln und Dortmund. Inzwischen haben sich auch andere Parteien des Themas angenommen. Im Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (Ruhrgebiet bis Düsseldorf) soll probeweise ein **Sozialticket** eingeführt werden, das mit 30 Mio. Euro vom Land bezuschusst wird. Das ist allerdings noch zu wenig für eine Preisgestaltung, die sich an den Mobilitätsausgaben des Regelsatzes orientiert.
- Daseinsvorsorge braucht die Öffentliche Hand. Es gilt, auch in schwierigen Haushaltslagen, **Privatisierungen zu verhindern** bzw. privatisierte Einrichtungen und Dienstleistungen zu rekommunalisieren. Aufgrund vieler schlechter Erfahrungen sind Privatisierungen in den letzten Jahren auch bei anderen politischen Akteuren immer umstrittener.
- Um soziale Standards zu sichern, sind **Bündnispartner** notwendig. Im Landkreis Märkisch-Oderland schaffte es DIE LINKE im Rahmen einer Kooperationsvereinbarung mit SPD und Bauernverband, die Übernahme der Selbstbeteiligung am Mittagessen in den Schulen des Kreises (1 Euro) zu vereinbaren. In Duisburg, einer überschuldeten Stadt mit Nothaushalt, gelang es der Fraktion DIE LINKE, ein Bündnis aus Sozialverbänden und Ratsparteien (SPD, Grüne, DIE LINKE) zu schmieden und gegen den CDU-Oberbürgermeister Kürzungen bei den Mitteln für diese Initiativen und Privatisierungen öffentlicher Einrichtungen zu verhindern. Aus der Zusammenarbeit wurde in-

zwischen eine rot-grün-rote Koalition, die erste in einer Großstadt in NRW. Die Auseinandersetzungen laufen nun um die jeweilige Mittelfreigabe mit Kommunalaufsicht und Kämmerer.

- **Flüchtlinge** sind gesetzlich besonders schlecht gestellt, da für sie das sog. Asylbewerberleistungsgesetz gilt. Hier gilt es, wo immer möglich, Ungerechtigkeiten auszugleichen. So sind z.B. im Bildungs- und Teilhabepaket der Bundesregierung Kinder von Flüchtlingen ausgeklammert, die noch keine vier Jahre im Land sind. In Aachen gelang es, auch diese Kinder einzubeziehen, indem die Verwaltung beauftragt wurde, Geld aus Stiftungen einzuwerben. Das gelang auch.
- Wie eine Stadt oder ein Kreis mit seinen Einwohner/innen umgeht, hängt stark davon ab, welcher Geist in der Verwaltung herrscht, vor allem in der Sozialverwaltung. Hier kann die Formulierung von Leitzielen für die Verwaltungsarbeit helfen. **Transparenz und Beteiligungsorientierung** sind wichtige Ziele. Gerade für Menschen mit wenig Geld ist es wichtig, dass Öffnungszeiten und Räume der Verwaltung bürger/innenfreundlich gestaltet sind. Informationen und Formulare sollten leicht zugänglich sein, möglichst auch im Internet. Beim Bürgerhaushalt sollten Wege gefunden werden, gerade auch Menschen mit niedrigen Einkommen die Beteiligung zu ermöglichen.

Lutz Amsel (Erster Beigeordneter Landkreis Märkisch Oderland), Nico Biver (Mitglied des Magistrats der Stadt Marburg), Hermann Dierkes (Fraktionsvorsitzender DIE LINKE Duisburg), Wolfgang Freye (Fraktionsvorsitzender DIE LINKE im Regionalverband Ruhr), Andreas Müller (Geschäftsführer Kommunalpolitisches Forum NRW)